

Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 11 (1989)
Heft: 41

Artikel: Algenblüte, Robbensterben, Badeverbot... : Thesen zu einer langfristigen Umweltpolitik
Autor: Ahrens, Andreas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652972>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Algenblüte, Robbensterben, Badeverbot . . .

Thesen zu einer langfristigen Umweltpolitik

Umweltkatastrophen kommen überraschend; doch daraus zu schließen, daß sie unvermeidlich sind, ist falsch. Wir müssen lernen einzukalkulieren, daß Ursachen und Wirkungen über lange Zeiträume und große Entfernungen miteinander verbunden sind. Das Hauptproblem einer langfristigen Umweltpolitik ist es, daß irgendwelche gezielten Maßnahmen wahrscheinlich keine unmittelbaren Folgen haben werden. Andreas Ahrens, Mitarbeiter von Greenpeace und Ökopol in Hamburg, fordert eine Politik, die nicht auf den »wissenschaftlichen Beweis« für die Schädlichkeit eines Stoffes oder eines Projektes wartet, sondern von sich aus Maßstäbe setzt.

von Andreas Ahrens

Algenblüte und Robbentod sind zum Symbol für die Zerstörung des Lebensraumes Nordsee geworden. Mehr noch: sie haben die ganze Hilflosigkeit von Wissenschaft und Politik offenbart, mit den »Regeln« der Lebensräume und den Symptomen ihrer Zerstörung umzugehen. Die Hilflosigkeit des vergangenen Sommers drückte sich in schnellen Antworten aus. Sie reichen vom »Tun wir besorgt« der alteingesessenen Politiker bis zum Abbruch des Nordseerurlaubs der »Jungbetroffenen«, von Abwiegelei bis Panik, von 10-Punkte-Sofort-Programmen bis zur Forderung nach einem generellen Umbau der Industriegesellschaft.

Charakteristisch für die Vorgänge in und um die Nordsee waren folgende Sachverhalte:

▷ Die katastrophalen Zusammenbrüche kommen plötzlich und dann unaufhaltsam. Sie waren zwar seit Anfang der 80er Jahre von NordseewissenschaftlerInnen immer wieder als Gefahr benannt worden, haben in ihrem Ausmaß allerdings auch die kritischen WissenschaftlerInnen überrascht.

Ursache und Wirkung sind Jahrzehnte und Hunderte Kilometer voneinander getrennt. In den Seehunden finden sich Gifte, deren Produktion vor Jahrzehnten begonnen hatte und im Falle der PCBs in der Bundesrepublik vor 5 Jahren von der BAYER eingestellt wurde.

Die ökologischen Wirkungen sind nicht umkehrbar, der Lebensraum und die Lebewesen sind nicht »reparierbar«. Der Giftbestand in den Lebensräumen dürfte auch bei sofortigem Stopp aller Freisetzen von langlebigen Schadstoffen länger als viele Menschenalter überdauern, die Giftkonzentrationen im Grundwasser, in Menschen, Tieren und Pflanzen würden noch auf Jahre weiter steigen. Die Wanderung der Gifte dauert lange, zehn Jahre und mehr bis ins Grundwasser, 30 Jahre und mehr bis in den Seehund.

Die Auswege sind nicht offensichtlich. Denn, im Waldsterben, in den Klimaveränderungen, der Vergiftung des Wassers, dem Tod der Robben und der »Ungenießbarkeit« der Muttermilch kulminiert die zweihundertjährige Geschichte industrieller Produktion und die zweitausendjährige Geschichte abendländischen »Männerdenkens«. Die industrielle Methode hat die technischen Mittel und Energien geliefert, um den Krieg gegen das Lebendige zu gewinnen, der gedanklich viel älter als das industrielle Zeitalter ist.

▷ Die NordseewissenschaftlerInnen können weder die Ursachen der Prozesse in der Nordsee »wissenschaftlich exakt« benennen, noch die Situation »exakt quantitativ bewerten«. Der größte Teil der schädlichen Chemikalien in der Nordsee ist bislang chemisch nicht identifiziert. Die wissenschaftlichen Untersuchungen über die Verteilung und Wirkung von DDT, PCB und Dioxinen in der Nordsee berücksichtigen nur einen Bruchteil des gesamten »Zoo« künstlich hergestellter Stoffe in der Nordsee.

Die kritischeren WissenschaftlerInnen ziehen daraus die Konsequenz, mehr oder minder öffentlich zu kapitulieren, einen Offenbarungseid zu leisten. Die Mehrzahl der WissenschaftlerInnen allerdings beantragt zusätzliche Forschungsmittel, und der Bundesumweltminister begrüßt dies.

▷ Die politische Dynamik der Nordseediskussion ist durch Mittel erzeugt worden, die im wissenschaftlichen Sinne »unlauter« sind:

Greenpeace blockiert den Dünnsäuredampfer der Kronos Titan, obwohl zwischen Dünnsäureverklappung und Robbensterben/Algenblüte kein plausibler Zusammenhang herzustellen ist.

Die Toxikologische Abteilung der Universität Kiel warnt vor dem Baden in der Nordsee, obwohl das Baden weder für die Robben noch für Menschen ein wesentliches Gesundheitsproblem ist.

Über diese beiden »Tricks« wird ein politischer Diskussionschub erzeugt, weil die innere Struktur der Katastrophe viel zu komplex und die ökologische Situation viel zu bedrohlich ist, als daß sie öffentlich vermittelbar wäre. Der Preis dafür, zumindest das »Thema Nordsee« in die Diskussion gebracht zu haben, ist selbstproduzierte Ursachenverschleierung und die Hoffnung auf »einfache Lösungen«: Schluß mit der Dünnsäure und Urlaub am Mittelmeer.

Darüber hinaus sind die Robben ein so geeignetes Identifikationsobjekt, daß sie der bundesweiten Anteilnahme ausgesetzt waren. Die Veränderungen an der Basis der Nahrungsketten, im Artenspektrum der Algen, werden möglicherweise viel gravierendere Folgen für das ganze Ökosystem haben, als die Dezimierung der Robben.

Die regierenden Politiker und Bürokratien erweisen sich als unfähig, auf die komplexe, vielfach diagnostizierte Krisensituation zu reagieren. Nicht nur knallharte Interessen verhindern einen schnellen und umfassenden Umbau industrieller Prozesse und Produkte, sondern auch das vollständige Versagen der staatlichen



Die katastrophalen Zusammenbrüche kommen plötzlich und dann unaufhaltsam: Algenschäum an der Nordsee

Foto: Schröder/Argus

Instrumente zur Wirklichkeitsveränderung. Problemlösung wird ausschließlich auf verbal-symbolischer Ebene betrieben.

▷ Die Wirkungen – das Sterben der Seehunde und die Blüte der Algen – sind Resultat eines unkalkulierbaren, fast chaotischen Ursachengeflechtes. Die Bedeutung der »Einzelursachen« ist kaum wägbare, nie spielt ein einzelner Faktor allein die entscheidende Rolle. Damit aber findet eine Anonymisierung der Verursacher statt. Verantwortlichkeiten werden beliebig handelbar und sind dem freien Spiel politischer Interessen unterworfen. Im Sinne des deutschen Strafrechtes hat niemand schuld, weil die eindeutigen individuellen Kausalnachweise fehlen. Im Sinne der Produzenten giftiger Produkte und der Betreiber gefährlicher Technologien haben »wir« alle schuld, sitzen alle in einem Boot.

Welche Schlußfolgerungen sind daraus zu ziehen?

▷ Meßbare Erfolge im Sinne lindernder Wirkungen auf die Lebensräume werden erst nach Jahrzehnten erkennbar sein, und sie können damit nicht Maß und kurzfristiges Ziel der Umwelt- und Gesundheitspolitik sein. Es sei in diesem Zusammenhang an die heute absurd klingende Forderung Hamburger Umweltinitiativen erinnert: »Sanierung der Elbe bis 1983«. Noch vor acht Jahren schien uns diese Forderung sinnvoll, wir hätten dem Senat als Kompromiß höchstens zwei Jahre länger eingeräumt. Offensichtlich ist die zeitliche Dimension der ökologischen Zerstörung auch in der Umweltbewegung erst in den letzten Jahren erkannt worden. Genauso wie sie augenscheinlich auch gegen technokratische Reparaturbarkeitsmythen nicht immun ist.

▷ Niemand kann seinen eigenen Beitrag zur Umweltvergiftung bzw. Giftproduktion als von vornherein irrelevant einstufen und auf die Verantwortung anderer verweisen. Die Nordsee leidet nicht an den direkten Einträgen einzelner Verursacher, sondern daran, daß sie Sammelbecken ist, in dem industrielle Produkte und Abfälle landen. Alle Flüsse fließen ins Meer, der Wind trägt

Abgase über Hunderte von Kilometern. Die Bedeutung einzelner Schadstoffquellen im toxischen und klimatischen Gesamtgeschehen ist häufig nicht exakt quantifizierbar. Es gibt weder das eine umweltgefährdende Produkt noch die eine Firma, die die Nordsee umbringt.

Auch der Stellenwert der Begriffe »Badewasserqualität« für Gewässer und »Trinkwasserqualität«, wie sie in Hygienevorschriften und Trinkwasserverordnungen festgelegt werden, zeigt in der öffentlichen Nordseediskussion, daß ein Verständnis ökologischer Vorgänge nicht ansatzweise erreicht ist. »Trinkwasserqualität« für die Nordsee zu fordern, würde logischerweise mit einem umfassenden und endgültigen Zusammenbruch des gesamten Lebensgefüges enden. Und die meisten Abwässer chemischer Fabriken weisen mit Blick auf die Hygienevorschriften durchaus »Badewasserqualität« auf. Beide Qualitäten sind im Lebensgefüge der Nordsee nicht verträglich.

▷ Die Angriffspunkte für direkte Aktionen oder Aufrufe zum Verbraucherboykott werden beliebig, wenn die Bedeutung des Angegriffenen für die Nordsee nicht genau analysiert wird. Es kann also keine spezielle Politik zur Rettung der Nordsee geben, sondern nur eine Ökologisierung aller Politik- und Ökonomiebereiche: Energie, Verkehr, Bau etc. Die Nordseediskussion auf der parlamentarischen Bühne dient eher dem Verschleiß politischer Energie und öffentlicher Aufmerksamkeit.

Wenn Heilung und Prävention die politischen Ziele sind und es nicht nur um eine Verlangsamung des Sterbeprozesses gehen soll, muß sich das auch in quantifizierenden Zielvorstellungen ausdrücken. Es kann nicht um 90% ige Verminderung der Schadstoffinträge in Luft und Wasser gehen, nicht um 30% ige Abfallvermeidungsraten oder das Verbot von einzelnen Produkten. Die freigesetzten Giftmengen sind 100 000-fach zu hoch, die Zahl der industriell neu geschaffenen chemischen Substanzen geht in die Zigttausende. Das wäre die Dimension des Umbaus, nicht ein Verbot von Pentachlorphenol bei gleichzeitiger Neuvermarktung acht neuer, nicht minder giftiger Pestizide.

▷ Der positive Beweis für die Schädlichkeit einer behördlichen

Planung, eines industriellen Projektes oder eines produzierten Stoffes kommt immer zu spät oder ist aus prinzipiellen Gründen überhaupt nicht zu erbringen.

Zwischen dem Zeitpunkt, zu dem ein neuer Stoff in die Umwelt freigesetzt wird, dem eindeutigen Nachweis eines sogenannten »signifikanten Wirkungsrisikos« und entsprechenden politischen Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Schadstoffeinträge vergehen Jahrzehnte.

D.h. das Rechtssystem – Umweltstrafrecht, Haftungsrecht, Anerkennung von Berufserkrankungen und das Instrument der Produktionsbeschränkung – beruht auf falschen Grundannahmen. Die Haftung oder die Strafe tritt aufgrund fehlender Beweise nicht ein, oder sie ist irrelevant, weil die Beweise »zu spät« vorliegen. Produkte werden nicht verboten, bis die Schäden eingetreten sind. D.h. die plausible Möglichkeit der »Mitverursachung« von Schäden muß bereits reichen, um Verantwortung zuzuordnen oder Produktionsprozesse zu stoppen. Diese von Umweltverbänden, den Grünen und der SPD aufgestellte Forderung bedeutet eine erhebliche Änderung des Rechtssystems. So entfällt beispielsweise die Schutzformel: »Im Zweifel für den Angeklagten« genauso wie die Anforderung eines »individuellen« Schuldnachweises. Letztendlich wird also die Beweislast umgekehrt: Eine Schädigung durch einen entsprechenden Verursacher gewinnt bereits Bedeutung, wenn sie plausibel ist, es sei denn, der mutmaßliche Verursacher beweist, daß durch seine Handlungen kein Schaden eintreten kann.

Über das Verschwinden der Arten

In dem Fall, daß wir die Ausrottung einer Art durch den Menschen verfolgen können, sei es in einer Region oder auf der ganzen Erde, so wissen wir, daß sie immer seltener wird und schließlich ganz verschwindet. (...) Wenn nun, wie es wahrscheinlich der Fall ist, die Arten seltener werden, bevor sie verschwinden – wenn ein zu schnelles Anwachsen einer Art, selbst der begünstigsten, kontrolliert wird, was wir zugeben müssen, auch wenn wir nicht wissen wodurch – und wenn wir, ohne ein Zeichen von Verwunderung und ohne den genauen Grund angeben zu können, erkennen, daß die eine Art in einer Region sehr zahlreich und eine andere, eng verwandte, sehr selten ist, warum sollten wir dann verwundert sein, daß Seltenheit nur einen Schritt weitergetrieben wird bis zur Ausrottung?

Irgendeine Veränderung vollzieht sich um uns herum, und wenn auch kaum wahrnehmbar, könnte sie doch ein wenig weitergetrieben werden, ohne unsere Aufmerksamkeit zu erregen. (...) Zuzugeben, daß Arten seltener werden, bevor sie verschwinden, sich nicht zu wundern über das vergleichsweise seltene Auftreten einer Art, und trotzdem irgendein außerordentliches Ereignis anzurufen und groß verwundert zu sein, wenn eine Spezies ausstirbt, das kommt mir so vor, als würde man Krankheit als Ankündigung des Todes bei einem Individuum akzeptieren – sich über Krankheit überhaupt nicht wundern, aber wenn der Kranke stirbt, dann verwundert sein oder Gewalt für die Todesursache halten.

Aus: Charles Darwin, The Voyage of the Beagle, London 1845, übersetzt nach der Ausgabe New York, 1962, S. 176f.

Anforderungen an die Politik

Der Seehund als Säugetier mit hohem Lebensalter kann als Modell des Menschen angesehen werden. Die gesundheitlichen Auswirkungen einer chronischen Belastung mit Spurengiften in der Nahrung sind bei den Seehunden erkennbar: beispielsweise Immunschwäche, Fertilitätsstörungen, morphologische Veränderungen im Bereich der Geschlechtsorgane und der Leber.

Das Sterben der Seehunde kann Bild sein für die Zukunft oder auch die Gegenwart der Menschen. In der politischen Umsetzung muß dieses Bild verknüpft werden mit Perspektiven und politischen Interventionsmöglichkeiten des einzelnen Menschen, der Umweltverbände, der Initiativen und der Grünen. Andernfalls resultiert aus Betroffenheit und Einsicht nur Resignation oder Verdrängung.

▷ Eine Politik, die den ökologischen Zeitdimensionen Rechnung trägt, muß Visionen vermitteln und gleichzeitig Aussagen über den konkreten Weg dorthin machen können. Demgegenüber ist die Ökologiepolitik der GRÜNEN lange Zeit von der Fixierung auf Sofortmaßnahmen und einer Kurzatmigkeit der Themen gekennzeichnet gewesen. Es gilt, für Themenbereiche wie Trinkwasser, Ernährung, Atemluft, gesundheitliche Belastungen am Arbeitsplatz, Klima, individuelle Beweglichkeit, Industriepolitik, Müllprojekte etc. vermittelbare Szenarien zu entwickeln, die Zeitspannen von 60 Jahren und mehr umfassen können – von der konkret umsetzbaren Sofortmaßnahme bis zur generationenübergreifenden Zukunftsvision.

Dabei ist zu berücksichtigen und einzuplanen, daß Erfolge im Widerspruch zur Gegenwartswahrnehmung stehen werden. Genauso wie der bereits fortschreitende Zerstörungsprozeß lange Zeit hinter der scheinbaren Verbesserung der Lebensqualität verborgen blieb, wird nun das Umgekehrte geschehen. Die Erfolge der Umweltbewegung und erster Umorientierungen im staatlichen und industriellen Handeln stehen einer rasanten Verschlechterung der Lebensbedingungen gegenüber.

Den Gedanken vom »ökologischen Umbau« ernstzunehmen heißt, sich den sogenannten Altlasten zu stellen, sie nicht zu verdrängen. Das gilt nicht nur für den materiellen intellektuellen Bereich. »Gedankliche und emotionale Altlasten« in der Einstellung zum Auto, zur Ernährung, zum Wasser, zu wissenschaftlich/technischer Allmacht, zum Schöpfungswahn der Industriechemiker und zur Natur müssen genauso Gegenstand grüner Politik sein wie Altdeponien und verseuchte Betriebsgelände.

In der Politik der GRÜNEN und der Umweltverbände spielt die Altlastensanierung eine nur untergeordnete Rolle, obwohl im Zuge der Altlastensanierung über nichts Geringeres entschieden wird, als über das Maß gesellschaftlich akzeptabler Natur- und Gesundheitszerstörung. Die »Altlastensanierer« definieren den »Normal«-Zustand von Lebensräumen neu, legen fest, was Natur am Ende des 20. Jahrhunderts sein soll.

Den Blick zu schnell wieder nach vorn zu richten, gerät schnell zum alternativen Lösungs- und Erfolgsmythos.

Der »Soforterfolg« der Schließung des Boehringer-Werks in Hamburg-Moorfleet im Juni 1984 beispielsweise – lange Zeit als Modell erfolgreicher Umweltpolitik mystifiziert – war eine einmalige Sternstunde. Die heutige Bilanz sieht dagegen nüchtern aus: Boehringer hat Teile des stillgelegten Werkes nach Spanien verkauft, wo die Firma Inquinsa damit unter Bedingungen wie Ende der 50er Jahre das umweltgefährliche Hexachlorcyclohexan (HCH) verarbeiten will, das bei der Produktion des Insektenvertilgungsmittels Lindan anfällt. Und die Boehringer-ArbeiterInnen



Was nützt die Schließung eines Werkes hier, wenn es woandershin verkauft werden kann. Greenpeace-Protest gegen Lindanproduktion in Spanien.

sind trotz schwerster Gesundheitsschäden immer noch nicht als berußerkrankt anerkannt, auch wenn jetzt erstmals ein Hamburger Gericht der Witwe eines (mittlerweile an den Folgen der Chlorakne verstorbenen !) Boehringer-Beschäftigten eine Vollrente zugestand. Und die Lindan-Konzentrationen in der Nordsee steigen von Jahr zu Jahr weiter an.

Was ich damit meine: Sofortmaßnahmen verändern die Wirklichkeit kaum, wenn ein langfristiges politisches Konzept fehlt. Im Fall Boehringer gab es kein Konzept zur politischen Einflußnahme an den europäischen Ausweichstandorten für die Lindanproduktion. Genausowenig ist es gelungen, eine breite andauernde Unterstützung für die Boehringer-ArbeiterInnen zu mobilisieren.

Aktuell stellt sich beispielsweise die Frage, ob die Forderung nach Investition von gigantischen Kapitalmengen in kommunale Großklärwerke zu Zwecken der Phosphat- und Stickstoff-Entfernung tatsächlich klug ist. Mit dieser Forderung wird ganz im Sinne des Bundesumweltministers der Eindruck einer technischen Lösbarkeit erweckt. Die Einsicht in den Unsinn zentraler, universeller Entsorgungstechniken und die Propagierung anderer Technostrukturen bleibt der Diskussion in Expertenzirkeln vorbehalten.

▷ Die Politik der Umweltbewegung muß in Systemen und Prozessen geplant werden. Es geht tatsächlich um eine genaue Analyse der Ursachenkomplexe für Gesundheits- und Umweltzerstörungen. Aus dieser Analyse würde sich dann die »richtige Ansatzstelle« ergeben. Was die Analyse beispielsweise bisher geleistet hat, ist die Chlorchemie als wesentlichen Ursachenkomplex von Schäden herauszustellen. Aber schon bei der Suche nach der »richtigen« Ansatzstelle im Produktionsverbund und der Benennung geeigneter politischer Instrumente ist die grüne Entgiftungspolitik steckengeblieben. Angenommen, PVC wäre die »richtige Stelle«, die Chlorchemie anzugehen, müßte in der Prozeßplanung folgendes geleistet werden:

Die politischen Instrumente – Verbraucherboykott gegen identifizierbare Schlüsselprodukte, parlamentarische Initiativen für Produktions- und Verwendungsverbote, Beteiligung an Genehmigungsverfahren bei PVC-produzierenden und verwendenden Anlagen, Propagierung eines zeitlich gegliederten Szenarios zum Ausstieg aus der PVC-Verwendung etc. – müssen aufeinander abgestimmt und an klare Zielsetzungen gekoppelt werden. Für den politischen und technischen Prozeß, die PVC-Produktlinie zu kippen, müssen realistischerweise mindestens 10 – 15 Jahre angesetzt werden. Eine PVC-Kampagne muß Atem für einen solchen Zeitraum haben und vor allem arbeitsteilig sein.

▷ Angesichts der Anonymisierung von Ursachen ist die Benennung der Institutionen oder Personenkreise, an die politische Forderungen gerichtet werden, von zentraler Wichtigkeit. Die Proklamierung von Forderungen in die Anonymität des politischen Raumes bleibt häufig unwirksam. Zwar bilden sich umweltpolitische Wertvorstellungen wie beispielsweise »Abfallvermeidung«. Die Publizität solcher Begriffe steht aber in keinem Verhältnis zu den erforderlichen Handlungen. Die Verantwortung für die Umsetzung eines gesellschaftlich akzeptierten Zieles bleibt diffus.

Die jeweilig richtigen Adressaten für Forderungen zu benennen heißt zwangsläufig, sich sehr detaillierte Kenntnisse über Zuständigkeiten, Verwaltungsstrukturen, politische Entscheidungsträger und Gremien zu verschaffen.

Die Universalformel vom politischen Druck, der nur erzeugt werden muß, damit sich etwas ändert, setzt die genaue Identifizierung der Stelle voraus, wo Bewegung eintreten soll.

▷ Zwischen Umweltverbänden, GRÜNEN, lokalen Initiativen und WissenschaftlerInnen auch auf internationaler Ebene muß eine bewußte und organisierte Arbeitsteilung erfolgen. Weder die GRÜNEN noch Umweltverbände wie Greenpeace oder der BUND sind noch Horte ökologischer Omnikompetenz. Eine Schwerpunktsetzung, Spezialisierung und Professionalisierung bei GRÜNEN und den Umweltverbänden ist dringend erforderlich, um mit den Lernprozessen der Gegenseite Schritt halten zu können. Wird dieser Übergang zur bewußten und organisierten Arbeitsteilung nicht vollzogen, bleibt nur Verplattung, Selbstauszehrung und Ineffektivität.

▷ Eine Politik, die sich nicht mehr der Abfolge von einzelnen Skandalen oder aktuellen Schadstoffen bedienen kann, die nicht mehr offensichtliche und identifizierbare individuelle Verursacher anprangern kann, braucht neue Vermittlungsformen.

Eine Politik, die sich mit »langsamen Prozessen«, »komplexen Ursachengeflechten« und »Quantitäten jenseits von Prozenten und Kilogramm« beschäftigt, muß auf eine Änderung der menschlichen Denkgewohnheiten abzielen. Es ist also Aufklärungsarbeit gefordert, allerdings in diesem Fall nicht nur über politische Interessenslagen des Gegners, sondern auch über die Strukturen und Prozesse der ökologischen Krise. Es müssen Bilder und Symbole entwickelt werden, die mehr sind als »Schadstoffparanoia«, »Katastrophenbeschwörung« und Identifizierung von Gegnern.

Vor allem geht es um eine Integration von Realismus und Hoffnung. Eine Auseinandersetzung mit der tatsächlichen Dimension der Zerstörung von Lebensräumen und menschlicher Gesundheit ist möglich mit der Hoffnung auf Veränderung und einer Vorstellung von den Veränderungen. ♦